14. Dezember 2018

Arbeit im Landtag

Digitalpakt des Bundes - Laschet verhindert dringende Investitionen

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Substanzielle Verbesserungen, dafür hätte der Digitalpakt des Bundes für das Bildungssystem in unserem Land sorgen können. Doch Armin Laschet lehnt diese Verbesserung ab - zu Lasten der Kinder. Mit seiner Blockade der Grundgesetzänderung im Bundesrat verhindert der Ministerpräsident enorm wichtige Schulinvestitionen in unserem Land. Wir fordern ihn auf: Stellen Sie sich endlich Ihrer Verantwortung! Setzen Sie sich dafür ein, dass die Bundesmittel des Digitalpaktes den Schulen in NRW schon ab 2019 zur Verfügung gestellt werden.

Mieterschutz ist soziale Verantwortung der Landesregierung!

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Mehr als die Hälfte aller Einwohner in Nordrhein-Westfalen wohnen zur Miete. Die Versorgung mit bezahlbarem Mietwohnraum ist eine äußerst zentrale Aufgabe der Landesregierung. 2014 hat die SPD-Vorgängerregierung eine Verordnung eingeführt, die ungerechtfertigte Mietpreiserhöhungen bei Bestandsmieten begrenzt. Das will Schwarz-Gelb abschaffen: Bereits in ihrem Koalitionsvertrag haben sie sich darauf verständigt, den landesrechtlichen Mieterschutz auszusetzen und die gesetzliche Begrenzung mit Ablauf des 31. Mai 2019 außer Kraft zu setzen. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung zum Stopp ihres unsozialen Vorhabens auf!

[Zur Drucksache 17/4454](#)

Ältere Menschen mit Migrationsgeschichte - Lebensleistung würdigen

Foto: www.pixabay.com / zstupar

Nordrhein-Westfalen ist wie kein anderes Bundesland von Zuwanderung geprägt und hat bis heute auch davon profitiert. Diese Vielfalt zeigt sich auch in der älter werdenden Bevölkerung in unserem Land. Neben der Würdigung der Lebensleistung und -geschichte dieser Menschen erfordert die Versorgung dieser Generation eine kultursensible Haltung, sowohl in der Seniorenarbeit als auch in der Altenpflege und -hilfe. Wir bringen heute einen entsprechenden Antrag ins Plenum ein, um den Zugang zu Pflege- und Altenhilfe dieser älteren Menschen voranzutreiben.

[Zur Drucksache 17/4454](#)

Erfolgsgeschichte „Offener Ganztag“ fit für die Zukunft machen!

Finde den Fehler:

- **Unis ohne Studiengebühren.**
- **Schulen sind kostenfrei.**
- **Kitas kosten.**

#beitragsfreieKitas

Foto: SPD-Landtagsfraktion

Der Ganztag ist eine Erfolgsgeschichte. Er ist von großer Bedeutung für das nordrhein-westfälische Bildungssystem. Für immer mehr Eltern ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur Wunsch, sondern Realität. Dennoch: Stillstand ist unangebracht. Die Offene Ganztagschule muss weiterentwickelt werden. Wir verlangen von der Landesregierung landesweit gültige Standards zu definieren, sowohl für Räume, Ernährung, Personal als auch Unterrichtsinhalte. Außerdem muss sie in Verhandlungen mit Bund und Ländern eintreten, um die Rahmenbedingungen für den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2025 abzustimmen. Unser Antrag wurde in der letzten Plenarwoche debattiert.

[Zur Drucksache 17/4456](#)

Frohe Weihnachten! - Herbergsprobleme auch noch 2.000 Jahre später

Foto: www.pixabay.com / stux

Der fortschreitende Wohnungsmangel in NRW führt zu verstärktem Mietpreisanstieg. Bezahlbares und lebenswertes Wohnen wird für Familien mit durchschnittlichem oder gar niedrigem Einkommen immer schwieriger. Die Zahl der Wohnungslosen nimmt beständig zu. Es werden insgesamt zu wenig bezahlbare und barrierefreie Wohnungen gebaut, stattdessen wird der landesrechtliche Mieterschutz durch Schwarz-Gelb abgeschafft. Mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog fordern wir morgen die Landesregierung dazu auf, endlich ihre sozialpolitische Verantwortung für die Wohnungsversorgung in Nordrhein-Westfalen wahrzunehmen, um die Gesellschaft nicht weiter zu spalten.

[Zur Drucksache 17/4457](#)

Mehr Demokratie an Schulen wagen

Demokratie ist ein hohes Gut unserer Gesellschaft. Unsere Schulen sind dazu angehalten, Schülerinnen und Schülern das Thema bereits im Unterricht näher zu bringen, erfahrbar zu machen und so einen Grundstein für Demokratiefähigkeit zu legen und auszubauen. Ein eigenständiges Urteilsvermögen schützt nicht nur vor einer Anfälligkeit für rechtsextreme oder rassistische Ideologien, sondern befähigt auch zum Umgang mit großen Herausforderungen wie der Globalisierung und Digitalisierung. Um auch in Zukunft von einer demokratischen Gesellschaft sprechen zu können, plädieren wir für mehr politische Bildung im Schulunterricht, die gesetzlich verankert werden muss. Unser Antrag wurde am Donnerstag im Plenum diskutiert.

[Zur Drucksache 17/4441](#)

Foto: www.pixabay.com / 905513

Offensive für studentisches Wohnen in Nordrhein-Westfalen

Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalens Städten ist angespannt, insbesondere in den Groß- und traditionellen Universitätsstädten. Das Angebot für studentischen Wohnraum und an bezahlbaren Plätzen in öffentlichen Studentenwohnheimen muss ausgebaut werden. Sowohl 2018, als auch im kommenden Jahr 2019, hat die Landesregierung im Landeshaushalt allerdings keine Erhöhung der Zuschüsse an die Studierendenwerke vorgesehen. Um Wohnungsmangel und Preisanstiege bei den Studentenwohnheimen zu verhindern, benötigen die Studierendenwerke neben einer Erhöhung ihrer Grundfinanzierung konkrete Zusagen für Neubau- und Sanierungsmaßnahmen. Investitionsprogramme für die Studierendenwerke müssen auf den Weg gebracht werden!

[Zur Drucksache 17/4453](#)

Foto: www.pixabay.com / mastersenaiper

Vermeiden statt Vermüllen

Die Vermüllung öffentlicher Räume schreitet zunehmend voran. Nachgewiesen ist das Phänomen: Wo bereits Müll liegt, da wird bald noch mehr landen. Es entstehen Müllbrennpunkte. In Quartieren, die als soziale Brennpunkte verstanden werden, nehmen die Anwohnerinnen und Anwohner Vermüllung als weiteren Grund und Ausdruck für ihre gesellschaftliche und staatliche Ausgrenzung wahr. Wir fordern die Landesregierung dringend dazu auf, Maßnahmen gegen die voranschreitende Vermüllung und Verwahrlosung öffentlicher Plätze, Straßen und ganzer Stadtviertel zu entwickeln. Nachhaltigen Erfolg bringen nur eine intensive und kontinuierliche Reinigung und eine intensive Aufklärungsarbeit. Eine zentrale Rolle spielen hier in Nordrhein-Westfalen insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Abfallbetriebe.

[Zur Drucksache 17/3014](#)

Foto: www.pixabay.com / congerdesign

Wahlkreisarbeit

Austausch mit dem Betriebsrat bei ZF Gelsenkirchen-Schalke

Foto: Heike Gebhard

Die drei Gelsenkirchener Abgeordneten Heike Gebhard MdL, Markus Töns MdB sowie Sebastian Watermeier MdL haben in der vergangenen Woche mit dem Betriebsrat von ZF Gelsenkirchen gesprochen. Themenschwerpunkt des Gesprächs war der Zukunftsplan des Standorts in Gelsenkirchen-Schalke. Mit dem Zukunftsplan konnte der dramatische Verlust von Arbeitsplätzen in Gelsenkirchen vorerst gestoppt werden. Für die Abgeordneten ist es wichtig, wie stark der Betriebsrat in die Zukunftspläne am Standort eingebunden wurde und ob diese den Vorstellungen der Betriebsräte entsprechen. Die drei SPD-Abgeordneten bedankten sich für die gute Zusammenarbeit und werden auch zukünftig an der Seite von Betriebsrat und Belegschaft stehen.

Heike Gebhard als Detektivin unterwegs

Förderbescheide verteilt der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gern selbst. Der Stopp bzw. das Aus von Förderungen dagegen versucht die Landesregierung so lange wie irgend möglich nicht öffentlich werden zu lassen. Hierfür 2 Beispiele aus Gelsenkirchen:

Aus für das AWO-Demenzservicezentrum in GE

Der schwarze Sozialminister hat die Förderung des AWO -Demenzservicezentrum in GE eingestellt. Es war das einzige von 14 Demenzservicezentren in NRW, das besondere Herausforderungen der Demenz bei Menschen mit Migrationshintergrund bearbeitete, Materialien entwickelte und sie NRW-weit allen Institutionen, die es benötigten zur Verfügung stellte. Längst war man in anderen Bundesländern auf diese Fachstelle aufmerksam geworden und ließ sich ebenfalls von Gelsenkirchen aus beraten. Doch das ist nun vorbei. Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre so wichtige soziale Arbeit die sie geleistet haben.

Aus für die NRW.ProjektSoziales GmbH im Wissenschaftspark

Die NRW.ProjektSoziales GmbH ist als Landesgesellschaft eine einhundertprozentige Tochter des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS). Doch sie steht vor der Liquidation.

Zwei wichtige Projekte betrieb diese Gesellschaft vom Gelsenkirchener Wissenschaftspark aus: Herzstück der Gesellschaft ist die Fachstelle für sozialraumorientierte Armutsbekämpfung. Sie berät fast 100 Kommunen in NRW. Sie wird ihre unabhängige Tätigkeit im Wissenschaftspark beenden müssen.

Die Koordinationsstelle der Kompetenzzentren Selbstbestimmt Leben NRW, die den Behindertenverbänden mit Rat und Tat zur Seite stehen und damit sehr viel ehrenamtliches Engagement stützen wird unter anderer Trägerschaft bleiben.

Vorlese-Tag 2018: Bescherung im Leseclub Bismarck

Im Anschluss verteilte er zusammen mit dem Nikolaus die Schokoladen-Weihnachtsmänner. Der MENTOR Verein in Gelsenkirchen unterstützt Kinder im Alter zwischen 6 und 12 Jahren bei ihrer Lesekompetenz und trägt daher maßgeblich zum schulischen Erfolg der SchülerInnen bei.

Am Nikolaustag überraschte der Nikolaus die Kinder im Leseclub im Fritz-Steinhoff-Haus in Bismarck. Sebastian Watermeier las zuerst den Kindern eine Geschichte von Astrid Lindgren vor. Die Kleinen lauschten gespannt der Erzählung „Pipi Langstrumpf feiert Weihnachten“.

**Die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard
und Sebastian Watermeier wünschen
Ihnen und Ihren Lieben frohe Festtage und
einen guten Rutsch ins neue Jahr!**

Heike
Gebhard

V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf

Sebastian
Watermeier